



Vorlage an das Stadtparlament

vom 12. April 2005

Nr. 0417

Interpellation

Interpellation Walter Brunner: Bedarfsgerechte Ansätze für Mietzinse in der Sozialhilfe; schriftlich

Walter Brunner und 24 Mitunterzeichnende des Stadtparlaments reichten am 15. Februar 2005 die beiliegende Interpellation betreffend „Bedarfsgerechte Ansätze für Mietzinse in der Sozialhilfe“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die in der Interpellation gestellten Fragen wie folgt:

Die Unterstützung von Personen durch die Sozialhilfe stützt sich ab auf die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz der Sozialhilfe (SKOS) und die Empfehlungen der st.gallischen Konferenz für Sozialhilfe (KOS). Dabei wird pauschal je nach Anzahl der zu unterstützenden Menschen ein Grundbedarf ausbezahlt. Zusätzlich zum Grundbedarf werden die Kosten für die medizinische Versorgung, das Wohnen und bestimmte situationsbedingte Leistungen bezahlt.

1. Die SKOS-Richtlinien empfehlen, regional und kommunal ausgerichtete Obergrenzen für die Wohnkosten verschieden grosser Haushalte festzulegen. Für das Sozialamt der Stadt St.Gallen gelten folgende Ansätze:

1-Personen-Haushaltung	CHF	800
2-Personen-Haushaltung	CHF	1'000
3-Personen-Haushaltung	CHF	1'200
4-Personen-Haushaltung	CHF	1'300
5-Personen-Haushaltung	CHF	1'400

Mehrpersonen-Haushalte entsprechend der besonderen Wohn- und Lebenssituation.

2. In den vorgängig erwähnten Mietobergrenzen sind grundsätzlich alle Nebenkosten mit eingeschlossen. Wenn ausserordentliche Verhältnisse (z.B. hohe Erdölpreise) zu erhöhten Nebenkosten führen, werden diese zusätzlich übernommen.



3. Die Obergrenze der Mietansätze wurde mit der Genehmigung der damals noch bestehenden Fürsorgebehörde letztmals per 1. Juli 1999 festgelegt. Ein Vergleich mit andern Städten zeigt, dass die Ansätze angemessen sind. In der Stadt St.Gallen ist es möglich, Wohnungen in diesen Preissegmenten zu finden.

4. Grundsätzlich wird jede Situation im Einzelfall geprüft, bevor der Umzug in eine andere Wohnung verlangt wird. Die Kündigungsfristen werden eingehalten. Höhere Wohnkosten werden so lange übernommen, bis eine zumutbare günstigere Lösung zur Verfügung steht.

5. Bei einer Entscheidung über einen Wohnungswechsel sind folgende Punkte wichtig: Voraussichtliche Dauer der Unterstützung, Grösse und Zusammensetzung der Familie, eine allfällige begründete Verwurzelung in einem bestimmten Quartier (z.B. Kindergarten, Schule) und die Gesundheit der betroffenen Personen (Zumutbarkeit eines Wohnungswechsels). Diese Grundsätze entsprechen auch den Empfehlungen der SKOS.

6. Das Sozialamt mietet im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse der unterstützten Personen kostengünstige und bedürfnisgerechte Wohnungen und gibt diese im Untermietverhältnis an Sozialbedürftige ab (derzeit 29 Wohnungen). Das Sozialamt verfügt in der Regel immer über kostengünstige Familienwohnungen. Die vom Sozialamt gemieteten Wohnungen konnten aufgrund des ausreichenden Angebotes an günstigem Wohnraum auf dem Wohnungsmarkt in den letzten Jahren etwas reduziert werden.

7. Schriftliche Beschwerden werden grundsätzlich innert zwei Wochen behandelt. Persönliche Beschwerden werden sofort durch die Ressortleitung, die Abteilungsleitung oder den Dienststellenleiter bearbeitet.

8. In der Sozialhilfe ist es insbesondere aus Gründen der Verwaltungsökonomie üblich, dass über Anträge bzw. Beschwerden von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern ohne Erlass einer förmlichen Verfügung befunden wird. Das gleiche gilt, wenn Differenzen bestehen. Solche werden in erster Linie auf Gesprächsebene bereinigt. Das formlose Verfahren bildet auch im Sozialamt der Stadt St.Gallen die Regel. Wenn eine unterstützte Person mit dem betreffenden Ergebnis nicht einverstanden ist und eine anfechtbare Verfügung verlangt, wird eine solche erlassen. Auf diese Möglichkeit werden Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger im schriftlichen Unterstützungsgesuch sowie in der Beratung hingewiesen. In jeder schriftlichen Verfügung wird sodann auf die Rekursmöglichkeit gemäss Art. 40 ff. des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (sGS 951.1, abgekürzt VRP) in Form einer Rechtsmittelbelehrung hingewiesen. Rekursinstanz ist der Stadtrat. Wenn in der monatlichen Sozialhilfeabrechnung auf eine Beschwerdemöglichkeit an den Leiter des Sozialamtes hingewiesen wird, so geschieht dies nicht in der Meinung, dass dieser Schritt zwingend sei. Sinn des Hinweises ist vielmehr, durch diese Beschwerdemöglichkeit ein Rekursverfahren



vor dem Stadtrat nach Möglichkeit vermeiden und Differenzen im Gespräch bereinigen zu können. Beigefügt sei, dass sich künftig, wenn die Ombudsperson ihre Tätigkeit aufgenommen haben wird, vergleichbare Prozeduren vor der Ombudsperson ergeben werden.

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation vom 15. Februar 2005

